

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb zur Förderung von Vorhaben für investive Maßnahmen zur Stärkung berufsbildender Schulen aus dem Just Transition Fund

Vom 19. April 2024

I. Hintergrund

Die Europäische Union (EU) fördert mit dem Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF) diejenigen Gebiete, die aufgrund des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft schwerwiegende sozioökonomische Herausforderungen bewältigen müssen. Die aus dem JTF unterstützten Maßnahmen sollen unmittelbar dazu beitragen, die Auswirkungen des Übergangs abzumildern. Weiterhin wurde der Fonds eingerichtet, um die wirtschaftliche Diversifizierung und Umstellung der betreffenden Gebiete zu unterstützen. Mit den Fördermaßnahmen soll hierzu ein maßgeblicher Beitrag geleistet werden, indem die Strukturwandelregionen zu leistungsfähigen, innovativen und lebenswerten Wirtschaftsregionen weiterentwickelt werden. Um diesen Prozess zu begleiten, soll die Entwicklung des dazu notwendigen Fachkräftepotentials im Lausitzer Revier, im Mitteldeutschen Revier und der Stadt Chemnitz unterstützt und beschleunigt werden.

Qualifikationen und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Auszubildenden im Freistaat Sachsen sind entscheidende Faktoren für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Angesichts sozioökonomischer Megatrends wie dem aufgrund demographischer Entwicklungen zunehmenden Fachkräftemangel, dem Strukturwandel und einer durch Digitalisierung veränderten Arbeitswelt mit damit einhergehenden Anforderungen an Fach- und Arbeitskräfte besteht ein hohes staatliches Inte-

resse und ein konkreter Investitionsbedarf, um die Bildungspotentiale der Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Auszubildenden zu erschließen und ihre Beschäftigungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an eine sich weiterentwickelnde Arbeitswelt der betroffenen Regionen zu erhöhen. Der Erhalt und Ausbau berufsbildender Schulen stellt einen Standortfaktor für anzusiedelnde Unternehmen und für potenzielle Fachkräfte dar und soll die Qualität der Bildungsinfrastruktur sichern.

II. Gegenstand der Bekanntmachung und Zielsetzung der Förderung

Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen für Maßnahmen zur Stärkung berufsbildender Schulen durch Investitionen und Lehrkräftefortbildungen zur Fachkräftesicherung auf der Grundlage des Programmes des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den JTF in der Förderperiode 2021 bis 2027 und der SMK-JTF-Richtlinie Stärkung berufsbildender Schulen 2021–2027 vom 19. April 2024 (im Folgenden: SMK-JTF-Richtlinie).

- A. Ausstattung von Fachkabinetten (Buchstabe B Ziffer I Nummer 1 SMK-JTF-Richtlinie)

Gefördert werden Ausgaben für die Ausstattung von Fachkabinetten (beispielsweise Ausbildungsräume und -hal-

len, Werkstätten, Labore) berufsbildender Schulen. Im Fokus der Förderung stehen die Bildungsgänge in den jeweiligen Zukunftsthemen und Zukunftsfelder der Reviere, entsprechend dem Territorialen Übergangsplan, insbesondere an Beruflichen Schulzentren.

Eine Förderung von folgenden Fachbereichen/Fachrichtungen/Bildungsgängen ist beispielsweise möglich:

- Fahrzeugtechnik
- Energie- und Gebäudetechnik
- Verfahrenstechnik
- Informationstechnik
- Elektrotechnik
- Pflege
- Umwelttechnik
- Wasserbau

B. Investitionen in Schulgebäude (Buchstabe B Ziffer II Nummer 1 SMK-JTF-Richtlinie)

Gefördert werden bauliche oder technische Einzelmaßnahmen an oder in Bestandsgebäuden sowie die Erweiterung und Sanierung von Gebäuden berufsbildender Schulen in Zusammenhang mit im Rahmen dieser Richtlinie geförderten Ausstattungen. Ausgenommen sind Schulaußenanlagen, die nicht der unterrichtlichen Versorgung dienen, Schulsporthallen und Schulsportaußenanlagen.

Die investiven Fördergegenstände zielen darauf ab, die bestehenden Fachkabinette, technisch und baulich an die wachsenden Anforderungen anzupassen und die technische Grundausstattung in den Räumlichkeiten auf den zukünftig notwendigen Stand zu heben.

Im Zusammenhang mit den investiven Maßnahmen nach Buchstabe B Ziffern I und II der SMK-JTF-Richtlinie kann zusätzlich eine Förderung von Vorhaben gemäß Buchstabe B Ziffer III Nummer 1.1 der SMK-JTF-Richtlinie zur Durchführung von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, beispielsweise Anwenderschulungen für Fachkabinettausstattungen oder Fortbildungen und Hospitationen im produktionsbetrieblichem Umfeld, erfolgen. Für die Einreichung eines Projektantrags für Vorhaben gemäß Buchstabe B Ziffer III Nummer 1.1 der SMK-JTF-Richtlinie muss ein bewilligtes Vorhaben nach Buchstabe B Ziffer I oder II der SMK-JTF-Richtlinie vorliegen. Für Maßnahmen gemäß Buchstabe B Ziffer III Nummer 1.1 ist eine laufend mögliche Antragstellung vorgesehen. Einweisungsverpflichtende Anwenderschulungen für Fachkabinettausstattungen gemäß Buchstabe B Ziffer I der SMK-JTF-Richtlinie können hingegen im Rahmen der investiven Maßnahme beantragt werden.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind öffentliche und freie Träger von berufsbildenden Schulen. Träger genehmigter Ersatzschulen werden nur gefördert, wenn diese gemäß den §§ 13 und 14 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft vom 8. Juli 2015 (SächsGVBl. S. 434), das zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durch den Freistaat Sachsen bezuschusst werden und deren Wartefrist abgelaufen ist.

Gemäß Nummer 3 der EU-Rahmenrichtlinie sind die JTF-Mittel für folgende Regionen in Sachsen einzusetzen: Landkreis Bautzen, Landkreis Görlitz, Landkreis Nordsachsen, Landkreis Leipzig, Kreisfreie Stadt Leipzig, Kreisfreie Stadt Chemnitz.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

Für die Fördergegenstände A und B gemäß Ziffer II dieser Bekanntmachung sind folgende Zuwendungsvoraussetzungen zu erfüllen:

A. Vorhaben für die Ausstattung von Fachkabinetten

Die Förderung ortsunveränderlicher Ausstattungsgegenstände öffentlicher Schulträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums für Kultus (SMK). Diese kann nur dann erteilt werden, wenn die Nutzung der von der Maßnahme betroffenen Ausstattungsgegenstände unter Berücksichtigung der absehbaren demografischen Entwicklung, auf Grundlage der bestätigten Standortsicherheit, für die Dauer der Zweckbindung gesichert ist.

Eine Förderung für ortsunveränderliche Ausstattungsgegenstände wird nur gewährt, wenn der Antragsteller Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist, auf dem Investitionen getätigt werden sollen. Auch kann der Antragsteller gefördert werden, wenn diesem ein Nutzungsrecht in Form eines Miet- oder Pachtvertrages mindestens für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist eingeräumt ist.

B. Vorhaben für Investitionen in Schulgebäude

Die Förderung öffentlicher Schulträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums für Kultus (SMK). Diese kann nur dann erteilt werden, wenn die schulische Nutzung des von der Maßnahme betroffenen Gebäudes unter Berücksichtigung der absehbaren demografischen Entwicklung, auf Grundlage der bestätigten Standortsicherheit, für die Dauer der Zweckbindung gesichert ist.

Eine Förderung wird nur im Zusammenhang mit im Rahmen dieser Richtlinie geförderten Investitionen nach Buchstabe B Ziffer I gewährt.

Eine Förderung wird nur gewährt, wenn der Antragsteller Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist. Ausnahmsweise kann der Antragsteller gefördert werden, wenn diesem ein Nutzungsrecht in Form eines Miet- oder Pachtvertrages mindestens für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist eingeräumt ist.

Investitionen mit zuwendungsfähigen Ausgaben größer als 200 000 Euro an Bestandsgebäuden, die keine Denkmäler sind, und welche wesentliche und umfangreiche Maßnahmen an der Gebäudehülle und der Heizungstechnik zum Gegenstand haben, müssen mindestens die KfW-Effizienzgebäude-Stufe 70 erfüllen.

Bei Baumaßnahmen können Ausgaben für die Bau- und/oder Fachplanung, die Baugrunduntersuchung und das Herrichten des Grundstücks (zum Beispiel Gebäudeabbruch, Planieren) gefördert werden, sofern diese nicht alleiniger Zweck der Zuwendung sind.

Nicht förderfähig sind:

- Investitionen in die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen, die innerhalb von festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes liegen. Im besonderen Ausnahmefall kann eine Förderung im Einzelfall erfolgen, wenn das Vorhaben von der zuständigen unteren Wasserbehörde (zum Beispiel nach § 74 Absatz 2 des Sächsischen Wassergesetzes) genehmigt wurde

oder diese bei durch andere Behörden genehmigten Vorhaben der Förderung zustimmt.

- Investitionen in die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen in Hochwasserentstehungsgebieten, soweit diese nach § 78d Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes beziehungsweise § 76 Absatz 3 des Sächsischen Wassergesetzes genehmigungspflichtig sind und durch die zuständige Wasserbehörde nicht genehmigt wurden oder diese bei durch andere Behörden genehmigten Vorhaben der Förderung nicht zustimmt.

Für Infrastrukturinvestitionen mit einer erwarteten Lebensdauer von mindestens fünf Jahren muss gemäß Artikel 73 Absatz 2 Buchstabe j der Verordnung (EU) 2021/1060 die Klimaverträglichkeit nachgewiesen werden.

V.

Sonstige Hinweise zu den Förderbedingungen der JTF-Förderung

A. Vorhaben für die Ausstattung von Fachkabinetten

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Gefördert werden bis zu 90 Prozent der förderfähigen Ausgaben.

Zuwendungsfähig sind direkte Ausgaben für die Ausstattung von Fachkabinetten. Zuwendungsfähig sind unter anderem benötigte technische Werkzeuge/Geräte sowie die hierzu notwendige Software. Unter die zuwendungsfähigen direkten Ausgaben zählen zudem Miete/ Leasing oder Mietkauf. Die Ausgaben für Miete/Leasing oder Mietkauf können nur als zuwendungsfähig anerkannt werden, wenn diese innerhalb des Bewilligungszeitraums anfallen und die Miet-/Leasinggegenstände für die Dauer der Zweckbindung gesichert sind. Zuwendungsfähig sind auch Ausgaben für einweisungsverpflichtende Anwenderschulungen. Die tatsächlichen Ausgaben sind nachzuweisen.

Indirekte Ausgaben, die für die Verwaltung und Umsetzung des Vorhabens anfallen, sind förderfähig. Die indirekten Ausgaben werden durch eine Pauschalfinanzierung in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Ausgaben als förderfähig anerkannt. Mit der Pauschalfinanzierung sind alle indirekten Ausgaben abgegolten. Der Nachweis der indirekten Ausgaben erfolgt über die direkten förderfähigen Ausgaben als Bezugseinheit.

Nicht zuwendungsfähig sind Finanzierungskosten und der Verkauf eines Objektes an eine Leasinggesellschaft und das anschließende Leasing desselben Objektes (Sale-and-lease-back).

Auszahlungen erfolgen nach dem Erstattungsprinzip gemäß Nummer 6.3.2 der EU-Rahmenrichtlinie. Die Bewilligungsstelle ist zur Einbehaltung einer Schlussrate unter Beachtung von Artikel 74 Absatz 1 b) Verordnung (EU) 2021/1060 berechtigt.

Der Nachweis über die Zustimmung des Staatsministeriums für Kultus (SMK) für öffentliche Schulträger über die mögliche Förderung ortsunveränderlicher Ausstattungsgegenstände erfolgt bei Antragstellung über ein bestätigendes Schreiben. Der Nachweis des Antragstellers darüber, dass dieser Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist, auf dem Investitionen getätigt werden sollen, erfolgt bei Antragstellung über die Vorlage einer Eigenerklärung. Im Rahmen des Auszahlungs- beziehungsweise Verwendungsnachweisverfahrens hat der Zuwendungs-

empfänger Belege (Rechnungsunterlagen, Einnahmen- und Ausgabenbelege, Kontoauszüge sowie die Verträge und Unterlagen über die Vergabe) als Nachweis der direkten Ausgaben gemäß 4.2 auf Verlangen der Bewilligungsstelle vorzulegen. Untersetzende Unterlagen zu den Nachweisen sind durch den Zuwendungsempfänger vorzuhalten und auf Verlangen der Bewilligungsstelle vorzulegen.

B. II Vorhaben für Investitionen in Schulgebäude

Eine Förderung wird nur im Zusammenhang mit im Rahmen der SMK-JTF-Richtlinie geförderten Investitionen nach Buchstabe B Ziffer I gewährt.

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Gefördert werden bis zu 90 Prozent der förderfähigen Ausgaben.

Zuwendungsfähig sind direkte Ausgaben für Investitionen in materielle Vermögenswerte und Ausgaben für Sachverständigen- und Beratungsleistungen sowie Ausgaben für Planungsleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der jeweils geltenden Fassung. Die tatsächlichen Ausgaben sind nachzuweisen.

Indirekte Ausgaben, die für die Verwaltung und Umsetzung des Vorhabens anfallen, sind förderfähig. Die indirekten Ausgaben werden durch eine Pauschalfinanzierung in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Ausgaben als förderfähig anerkannt. Mit der Pauschalfinanzierung sind alle indirekten Ausgaben abgegolten. Der Nachweis der indirekten Ausgaben erfolgt über die direkten förderfähigen Ausgaben als Bezugseinheit.

Nicht zuwendungsfähig sind Aufwendungen für Räume, die nicht überwiegend für schulische Zwecke genutzt werden.

Bei baurechtlicher Genehmigungspflicht ist vor der ersten Auszahlung die Baugenehmigung bei der Bewilligungsstelle vorzulegen. Auszahlungen erfolgen nach dem Erstattungsprinzip gemäß Nummer 6.3.2 der EU-Rahmenrichtlinie. Die Bewilligungsstelle ist zur Einbehaltung einer Schlussrate unter Beachtung von Artikel 74 Absatz 1 b) Verordnung (EU) 2021/1060 berechtigt.

Der Nachweis über die Zustimmung des Staatsministeriums für Kultus (SMK) für öffentliche Schulträger über die mögliche Förderung ortsunveränderlicher Ausstattungsgegenstände erfolgt bei Antragstellung über ein bestätigendes Schreiben. Der Nachweis über die zusätzliche Förderung nach Buchstabe B Ziffer I erfolgt über einen der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank vorliegenden und bewilligungsreifen Antrag für Ausstattungsförderung. Der Nachweis des Antragstellers darüber, dass dieser Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist, auf dem Investitionen getätigt werden sollen, erfolgt bei Antragstellung über die Vorlage einer Eigenerklärung. Der Nachweis über die Erfüllung der KfW-Effizienzgebäude-Stufe 70 bei Investitionen mit zuwendungsfähigen Ausgaben größer als 200 000 Euro an Bestandsgebäuden, die keine Denkmäler sind, und welche wesentliche und umfangreiche Maßnahmen an der Gebäudehülle und der Heizungstechnik zum Gegenstand haben, erfolgt über eine Eigenerklärung, in der bestätigt wird, dass eine Beratung zur Energieeffizienz oder zum nachhaltigen Bauen durch eine zertifizierte Einrichtung oder Person erfolgte, welche zum Projektabschluss die Erfüllung der KfW-Effizienzgebäude-Stufe 70 bestätigt. Der Nachweis, dass Bau- und/oder Fachplanung, die Baugrunduntersuchung und das Herrichten des Grundstücks

(zum Beispiel Gebäudeabbruch, Planieren) nicht alleiniger Zweck der Zuwendung sind, erfolgt bei Antragstellung über eine Eigenerklärung. Sofern der Vorhabenort in einem Überschwemmungsgebiet liegt, ist eine Genehmigung oder Zustimmung der zuständigen unteren Wasserbehörde bei Antragstellung vorzulegen. Informationen zum Nachweis der Klimaverträglichkeit bei Infrastrukturvorhaben mit einer erwarteten Lebensdauer von mindestens fünf Jahren sind der Internetseite der Bewilligungsstelle zu entnehmen (www.sab.sachsen.de). Der Antrag auf Förderung muss folgende Angaben enthalten:

- a) die Kostenberechnung gegliedert nach den DIN 276, die Einhaltung der Statistischen Bauwerkskostenkennwerte des Baukosteninformationszentrums (BKl) ist durch den Planer zu bestätigen,
- b) Erklärung des Hauptverwaltungsbeamten oder eines Vertretungsberechtigten des freien Trägers, dass das Vorhaben einem Fördergegenstand nach Buchstabe B Ziffer II entspricht, die Zuwendungsvoraussetzungen nach Buchstabe B Ziffer II Nummer 3 vorliegen, die Gesamtausgaben einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsplanung entsprechen und die Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme gesichert ist sowie zum Vorsteuerabzug (Nachweis erfolgt durch Bestätigung des Antragstellers),
- c) Erklärung des Hauptverwaltungsbeamten oder eines Vertretungsberechtigten des freien Trägers, dass die zu fördernde Maßnahme nicht parallel auch über ein anderes Förderprogramm gefördert wird und dass gegebenenfalls parallel eingereichte Förderanträge spätestens zum Zeitpunkt einer Bewilligung zurückgezogen werden, um eine Doppelförderung zu vermeiden (Nachweis erfolgt durch Bestätigung des Antragstellers),
- d) Es sind folgende Bauunterlagen einzureichen:
 - Angabe des kommunalen Trägers beziehungsweise des Bauvorlageberechtigten des freien Trägers zur baurechtlichen Genehmigungspflicht,
 - Beschreibung des Bauvorhabens,
 - Planungs- und Kostendatenblatt.

Im Rahmen des Auszahlungs- beziehungsweise Verwendungsnachweisverfahrens hat der Zuwendungsempfänger Belege (Rechnungsunterlagen, Einnahmen- und Ausgabenbelege, Kontoauszüge sowie die Verträge und Unterlagen über die Vergabe) als Nachweis der direkten Ausgaben gemäß 4.2 auf Verlangen der Bewilligungsstelle vorzulegen. Unterstehende Unterlagen zu den Nachweisen sind durch den Zuwendungsempfänger vorzuhalten und auf Verlangen der Bewilligungsstelle vorzulegen.

VI.

Gliederung und Inhalte der Vorhabensidee

Vorhabensideen müssen getrennt nach den zwei Fördergegenständen gemäß Ziffer II dieser Bekanntmachung, d. h. entweder A (Fachkabinettausstattung) oder B (Investitionen in Schulgebäude), eingereicht werden. Die ausführliche Projektbeschreibung zur Vorhabensidee soll maximal 15 Seiten DIN A4 (Proportionalchrift, zum Beispiel Arial, Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand), gegebenenfalls zuzüglich Anlagen (zum Beispiel bei umfangreichen Tabellen), umfassen.

Die Vorhabensidee muss nachvollziehbar und vollständig sein und die Projektbeschreibung muss mindestens Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

- a) Angaben zum Projekt
 - Maßnahmenbezeichnung

- Ausgangslage und Begründung des Förderbedarfes (Zustandsbeschreibung, Problemstellung, Handlungsbedarf, Einordnung in bestehende Konzepte und Planungen)
 - Darstellung des Projektverlaufs, der geplanten Maßnahmen und Arbeitsschritte des Projektes (Meilensteinplan)
 - ausführliche Darstellung zur Untersetzung und Erreichung der Projektziele
 - Bedeutung des Vorhabens für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer hochwertigen Bildungsinfrastruktur zur Fachkräftesicherung beziehungsweise Darstellung des Nutzens für den Strukturwandel in der jeweiligen JTF-Region
 - Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung
 - Aussagen zu erwarteten Ergebnissen des Projektes
- b) Angaben zur Finanzierung und den Ausgaben des Projekts
 - direkte Ausgaben (siehe Ziffer V dieser Bekanntmachung)
 - indirekte Ausgaben: Die indirekten Ausgaben werden durch eine Pauschalfinanzierung in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Ausgaben als förderfähig anerkannt. Mit der Pauschalfinanzierung sind alle indirekten Ausgaben abgegolten.
 - nachvollziehbare Angaben zur Finanzierung des Projekts (Darstellung der Gesamtausgaben [Kostenschätzung]) bezogen auf die gesamte Projektlaufzeit und die Verteilung auf die einzelnen Jahrescheiben
 - Berechnungsgrundlage/Herleitung der Kalkulation

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der EFRE/JTF-Förderung und insbesondere der Förderfähigkeit von Ausgabenpositionen ist die EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. S. 1723) zu beachten. Diese umfasst als Anlage 1 die „Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung im Bereich des EFRE, JTF und ESF Plus“ (NBest-EU).

Die bereichsübergreifenden Grundsätze aus Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 zur Achtung der Grundrechte und Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und Einbeziehung einer Geschlechterperspektive, zur Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind bei der Umsetzung der Vorhaben zu beachten.

Zudem ist dem im Artikel 11 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerten Ziel der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Berücksichtigung der VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, des Übereinkommens von Paris sowie des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“, Rechnung zu tragen. Kurze Ausführungen zur Berücksichtigung des Grundsatzes einer nachhaltigen Entwicklung sind in die Vorhabenbeschreibung aufzunehmen.

VII.

Verfahrensablauf

Entsprechend der Richtlinie ist ein zweistufiges Wettbewerbsverfahren zu durchlaufen, bei dem der Projektvorschlag als Grundlage der Bewertung dient.

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Vorhabensidee erfolgt bis zum 21. Juni 2024 im Förderportal der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank (www.sab.sachsen.de). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, verspätet eingegangene Projektvorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Phase 2:

Fachlich-inhaltliche Bewertung und Auswahl der Vorhabensideen durch ein fachkundiges Auswahlgremium bis voraussichtlich 9. August 2024.

Phase 3:

Mitteilung der Auswahlentscheidung durch die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – an alle Bewerber. Die Bewerber der ausgewählten Vorhabensideen erhalten die Aufforderung zur Einreichung eines formgebundenen Antrages.

Phase 4:

Einreichung des Projektantrages bis 30. September 2024. Anschließend: Prüfung des Antrages auf Förderfähigkeit und Entscheidung über die Bewilligung durch die Sächsische Aufbaubank – Förderbank.

Phase 5:

Projektbeginn frühestens nach erfolgter Antragstellung (auf eigenes Risiko) möglich.

Ein förderunschädlicher Beginn vor der Bewilligung ist gemäß Nummer 5.1 der EU-Rahmenrichtlinie nach dem Eingang des Antrags bei der Sächsischen Aufbaubank möglich. Der Antragsteller trägt jedoch das Risiko, die Zuwendung nicht, nicht in der beantragten Höhe oder nicht zu dem beantragten Zeitpunkt zu erhalten.

Je nach Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln wird ein Folgeaufruf oder mehrere veröffentlicht.

VIII.

Auswahl und Bewertungskriterien

Die Auswahl wird durch eine Jury vorgenommen, die insbesondere folgende Schwerpunkte mit der angegebenen Gewichtung beurteilt:

- Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
- Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)

In die Auswahl der Vorhaben, die zur Antragstellung aufgefordert werden, wird darüber hinaus auch die regionale Verteilung der Vorhaben einbezogen, insbesondere unter Berücksichtigung der Aufteilung der EU-Mittel auf die jeweiligen Reviere und die kreisfreie Stadt Chemnitz.

Dresden, den 19. April 2024

Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Jost Fohmann
Referatsleiter